

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 5 · 27. März 2006 · www.cdu-csu-ep.de



Köhler warnt EU vor Protektionismus

Bundespräsident Horst Köhler hat die Europäische Union vor protektionistischen Tendenzen gewarnt. „Wer den europäischen Binnenmarkt durch Protektionismus schwächt, der schneidet sich ins eigene Fleisch“, sagte der Bundespräsident vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Europa müsse sich dem globalen Wettbewerb stellen, um langfristig seinen Platz in der Welt zu behaupten, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen und die Mittel für sozialen Ausgleich zu erwirtschaften.

(Siehe Seite 2)

Inhalt

Bundespräsident im EP
Seite 2

Gleichstellungsinstitut
nicht der richtige Weg
Seite 3

Elmar Brok:
EU-Erweiterung
Seite 4

Aktuelles aus der
EVP-ED-Fraktion:
Kurz & bündig
Seite 7

„Von schöpferischer Unruhe“

AUSZÜGE AUS DER REDE VON BUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER VOR DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT IN STRABURG AM 14. MÄRZ 2006

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten stehen vor großen Herausforderungen – wieder einmal!

Weltweit schälen sich neue Wachstumsregionen heraus, neue Konkurrenzverhältnisse, neue Einflusszonen, auch neue Konfliktlinien. In vielen Ländern Europas herrscht unerträglich hohe Arbeitslosigkeit.

Es gibt eine messbare Entfremdung der Bürger und Wähler von der Europäischen Union, und der Europäische Verfassungsvertrag hat in zwei Gründerstaaten unserer Gemeinschaft nicht die Zustimmung des Volkes gefunden.

So viele Herausforderungen – und viele Chancen! Wir müssen uns wieder darauf besinnen, wie oft schon Europa gerade in Zeiten der Prüfung Erfolg hatte, weil es zur Erneuerung fähig war. Nehmen Sie nur den Europäischen Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion. (...)

Wer den europäischen Binnenmarkt durch Protektionismus schwächt, der schneidet sich ins eigene Fleisch. Wer jetzt wieder in das alte „Jeder ist sich selbst der Nächste“ verfällt, verkennt die Dimension des globalen Wettbewerbs und gaukelt seinen Bürgern eine Scheinsicherheit vor. Er vermindert auf lange Sicht Europas Fähigkeit, seinen Platz in der Welt zu behaupten, zukunftssi-

chere Arbeitsplätze zu schaffen und die Mittel für sozialen Ausgleich zu erwirtschaften.

Darum bleibt nur der andere Weg: Europa muss sich wieder in Form bringen! (...) Auch die Europäische Union muss an ihrer Form arbeiten. Das beginnt mit der Frage, wo sie als Union überhaupt tätig werden soll. Sie soll schließlich nicht alles Mögliche tun, sondern alles Nötige. Und dazu zählt eben nicht, was schon auf der örtlichen, regionalen oder einzelstaatlichen Ebene ausreichend erledigt werden kann. Das Subsidiaritätsprinzip achten heißt: so weit wie nur möglich die Selbstverantwortung und Identität der Unionsbürger achten. Und wer die Wirklichkeit der Willensbildung in der Europäischen Union kennt, der weiß, dass sich dieses Gebot mindestens so sehr an die Regierungen der Mitgliedstaaten richtet wie an die Organe der Europäischen Union.

(...) Erweisen wir uns als echte Europäer! Seien wir nicht beunruhigt über die Zukunft, sondern von schöpferischer Unruhe erfüllt, für Europa und die Europäische Union! Verwandeln wir gemeinsam und zum Nutzen aller unsere Herausforderungen in Chancen!

Dann bleibt Europa, was es heute ist: ein guter Platz zum Leben und eine Kraft zum Guten in unserer Einen Welt.

Gleichstellungsinstitut ist falscher Weg

KONKRETE PROJEKTE STATT NEUER BÜROKRATIE

Mit Bedauern haben die Mitglieder im Frauenausschuss, Angelika Niebler (CSU) und Doris Pack (CDU) sowie das stellvertretende Mitglied im Frauenausschuss, Christa Klass (CDU), den Ausgang der Plenarabstimmung über die Einrichtung eines EU-Gleichstellungsinstituts aufgenommen: „Das Mehrheitsvotum des Europäischen Parlaments für das Institut weist in die falsche Richtung, denn dieses stellt keinen zusätzlichen Mehrwert dar, zieht aber gleichzeitig dringend benötigte Ressourcen aus anderen Bereichen ab“. Die EVP-Frauenpolitikerinnen stellten klar, dass angesichts noch immer bestehender Benachteiligungen von Frauen, Fragen der Gleichstellung wichtiger denn je seien. „Es ist aber ein Unterschied, ob angesichts der laufenden Finanzverhandlungen ohnehin schon knappe Haushaltsmittel in weitere Bürokratie gesteckt werden sollen oder ob das Geld nicht besser anderweitig und effektiver eingesetzt werden kann“, erklärten die Europaabgeordneten nach der Abstimmung in Straßburg. Die EVP-Frauenpolitikerinnen kritisierten insbesondere

die Struktur und den eigentlichen Arbeitsauftrag des Gleichstellungsinstituts, das sich offenbar hauptsächlich auf die Sammlung von Daten konzentrieren soll. „Aus unserer Sicht wäre es besser gewesen, konkrete Projekte zu finanzieren, die den Frauen wirklich helfen, wie zum Beispiel eine Aufklärungskampagne zum Thema Zwangsprostitution bei der Fußball-WM, anstatt neue Datenberge zu produzieren“, so die Europaabgeordneten.

Der Verlauf der Abstimmung im Plenum habe zudem gezeigt, dass die Diskussion um die Einrichtung eines solchen Instituts letztlich ideologiebehaftet geführt werde. „Aus diesem Grund gab es auch keine Mehrheit für einen von der EVP eingebrachten und von uns unterstützten Änderungsantrag, der die Integration des Gleichstellungsinstituts in die Europäische Agentur für Menschenrechte vorgesehen hatte. Dies wäre ein sinnvoller Kompromiss gewesen, denn Frauenrechte sind Menschenrechte. Eine Mehrheit aus Linken, Grünen und Liberalen hat diesen Kompromiss aber abgelehnt“, so die Europaabgeordneten.

Ingo Friedrich zum „Europäischen Ehrensator“ ernannt

Im Rahmen einer feierlichen Sitzung des Ehrensats der Union Europäischer Föderalisten (UEF) wurde der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Ingo Friedrich (CSU) in Antwerpen zum „Europäischen Ehrensator“ ernannt. Mit dem Titel des „Europäischen Ehrensators“ werden von der Union Europäischer Föderalisten parteiübergreifend Persönlichkeiten geehrt, die sich in einem außerordentlichen Maß um Frieden, Verständigung, Annäherung und Integration in Europa verdient gemacht haben.

ELMAR BROK:

Glaubwürdigkeit statt „Alles oder Nichts“

BEI DER ERWEITERUNG STÖBT DIE EU AN IHRE GRENZEN

Die Erweiterung der Europäischen Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als erfolgreichstes Instrument der europäischen Außenpolitik erwiesen. Die europäische Perspektive war stets ein enormer Antrieb für demokratische Reformen und die Stabilisierung in unseren Nachbarländern. Die jüngste Erweiterung um

10 neue Mitgliedstaaten 2004 hat sich nach neuesten Studien wirtschaftlich und politisch auch besonders für Deutschland ausgezahlt. Gleichzeitig ist die EU mit dem Beitritt dieser neuen Mitglieder aber an einen Punkt gelangt, an dem ihre Aufnahmefähigkeit für weitere Länder nicht mehr gegeben ist.

Trotz aller Warnsignale werden Bulgarien und Rumänien der EU möglicherweise nächstes Jahr beitreten. Zuvor muss die Kommission allerdings noch nachweisen, dass die Umsetzung des gemeinsamen EU-Rechts in den jeweiligen Bereichen erfolgt ist. Auch die Türkei und Kroatien haben bereits den Kandidatenstatus erhalten. Es ist klar, dass die EU mit der bisherigen Erweiterungsstrategie durch die schnelle Aufnahme immer neuer Mitglieder ihre Handlungsfähig-



Elmar Brok MdEP

keit einbüßen würde. Wir arbeiten noch immer mit den veralteten Regeln des Nizza-Vertrages, die auf eine Gemeinschaft von sechs Staaten zurückgehen. Die notwendigen institutionellen Reformen für 25 Staaten konnten noch nicht nachgeholt werden, weil der Erfolg des Ratifizierungsprozesses der Verfassung ungewiss ist. Und auch

den Bürgern bleibt nicht verborgen, dass die EU derzeit Gefahr läuft, sich zu überdehnen. Daher hat das Europäische Parlament Mitte März in Straßburg mit großer Mehrheit auf Basis meines Berichtes eine neue Erweiterungs politik für die EU gefordert.

Ein wesentlicher Punkt der zukünftigen Erweiterungsstrategie muss die Berücksichtigung des Kopenhagener Beitrittskriteriums der Erweiterungsfähigkeit sein. Die EU kann in Zukunft keine Beitritte mehr bewilligen, wenn sie selbst finanziell und institutionell nicht in der Lage ist, das Aufnahmeversprechen auch zu erfüllen. Deshalb wird die Europäische Kommission in der Entschließung des Parlaments aufgerufen, bis zum Jahresende eine „operationelle Definition“ der Aufnahmefähigkeit der EU vorzulegen.

Nur dann wird dieses wichtige Kriterium auch einsetzbar.

Darüber hinaus hat uns die bisherige Erweiterungspolitik der EU mit ihrem Erweiterungsautomatismus in eine gefährliche Einbahnstraße geführt. Mit ihrer reinen „Alles-oder-Nichts-Strategie“ limitiert die EU sich nämlich selbst, wie der Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zeigt. Bis zu einem möglichen Beitritt hat der Rat 70 einstimmige Beschlüsse zu treffen, um die 35 Verhandlungskapitel zu eröffnen und um sie später ggf. für abgeschlossen zu erklären. Sollte auch nur ein Votum davon negativ ausfallen, stehen wir vor einem Problem. Dasselbe gilt für die bereits festgelegten Referenden zum Türkeibeitritt, z.B. in Frankreich.

Nicht nur für die Türkei brauchen wir deshalb eine Alternative, mit der wir anderen Ländern eine europäische Perspektive geben können, ohne uns unter nicht erfüllbaren Druck zu setzen – eine dritte Option unterhalb der Vollmitgliedschaft und oberhalb der Nachbarschaftspolitik. Diese sollte allen Staaten, die heute nicht Mitglied der EU sind, offen stehen, u.a. den Staaten, denen nach Thessaloniki eine Beitrittsperspektive versprochen wurde, der Ukraine und Weißrussland.

Diese zusätzliche Integrationsstufe könnte die Form eines „Europäischen Wirtschaftsraums plus“ (EWR+) annehmen. Die Partnerstaaten könnten künftig, in Anlehnung an den EWR, schrittweise 40-60% der EU-Gesetzgebung übernehmen. Eine engere Kooperation mit der EU zum Beispiel im Binnenmarkt, beim Umweltschutz oder

bei der Grenzsicherung auf multilateraler Basis wäre möglich. Somit würde eine europäische Perspektive für diese Länder geboten und mit ihr auch der Druck für innere Reformen. Am Ende des Zwischenschritts kann dann der Beitritt als Vollmitglied stehen – falls dies von beiden Seiten zu diesem Zeitpunkt noch gewünscht wird und die notwendigen Bedingungen erfüllt sind. So sind die ehemaligen EWR-Staaten Finnland, Österreich und Schweden letztlich der EU beigetreten. Der Zwischenschritt könnte aber auch das Endstadium sein; so wie es das EWR-Mitglied Norwegen vorgezogen hat, auf die Vollmitgliedschaft zu verzichten. Dennoch ist Norwegen heute ein enger Partner der EU und beispielsweise im Rahmen des (multilateralen) Schengenabkommens.

Anstatt jahrelang mit einem Land zu verhandeln und dann plötzlich Ja oder Nein sagen zu müssen, können wir mit einem solchen Ansatz in Zukunft auch den unterschiedlichen Entwicklungsstufen einzelner Länder besser Rechnung tragen. Ohne bestehende Beschlüsse der EU, etwa aus Thessaloniki, zu unterlaufen, geht es jetzt darum, die europäische Einigung voranzubringen, ohne dass uns das politische Projekt einer starken und handlungsfähigen Union dabei um die Ohren fliegt. Eine derartige neue Strategie wird die Erweiterungspolitik wieder zu dem machen, was sie war: Ein Katalysator für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden in Europa.

Elmar Brok (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des EP.

MARKUS PIEPER:

Europaparlament gegen EU-Gelder für Standortverlagerungen

NEUREGELUNG BEI EU-STRUKTURFONDS GEFORDERT

Für Standortverlagerungen innerhalb der Europäischen Union soll es künftig keine europäischen Fördergelder mehr geben. Das ist die Kernforderung einer Entschließung, die das Europäische Parlament im März im Plenum fraktionsübergreifend verabschiedet hat. In Zukunft dürfen keine Dinge mehr subventioniert werden, die unternehmerisch längst entschieden sind. Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmer mit ihren eigenen Steuergeldern auch noch den Verlust ihrer Arbeitsplätze bezahlen.

Deshalb fordert das Europäische Parlament im Rahmen der EU-Regionalpolitik eine Bestandsgarantie für geförderte Standortinvestitionen. Wenn ein Unternehmen, das Gelder aus Brüssel erhalten hat, innerhalb von sieben Jahren wieder abwandert, sollen die Fördermittel zurückgezahlt werden. Subventionen für Verlagerungen führen oft zu Mitnahmeeffekten. Genau das müssen wir künftig ausschließen. Denn dafür sind Fördergelder zu kostbar.

Äußerst unzufriedenstellend ist die bisherige Haltung der Kommission,



Markus Pieper MdEP

die geförderte Standortverlagerungen innerhalb der EU als absolute Ausnahme ansieht. Die Kommission soll sich und uns nichts vormachen. Solche Fälle sind nur deshalb die Ausnahme, weil bisher weder Unternehmen noch Mitgliedstaaten Auskunft darüber geben müssen, ob sie EU-Struktur-

gelder für das Verlagern von Jobs verwenden. Die Meldeschwelle liegt mit über 50 Millionen Euro eindeutig zu hoch. Der Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Glos, diese Schwelle auf 25 Millionen zu halbieren, ist sinnvoll und würde die Subventionsrealitäten transparenter machen.

Die neue Initiative der CDU/CSU-Abgeordneten im EP zielt darauf ab, dass künftige Projektförderungen sich an einem „Nettoarbeitsplatzeffekt“ orientieren sollen. Bei einer Unternehmensverlagerung soll nur noch der Anteil zusätzlich entstandener Arbeitsplätze eine EU-Unterstützung erhalten.

Dr. Markus Pieper (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung im Europäischen Parlament.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **Pöttering: Wahlen in Weißrussland weder frei noch fair**

Der Fraktionsvorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), hat den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Weißrussland am 19. März verurteilt. Das Wahlergebnis von 82 Prozent für den derzeitigen Amtsinhaber Lukaschenko könne nur als „Farce“ bezeichnet werden, so Pöttering. Er erklärte dazu weiter: „Die Wahlkampagne in Weißrussland war weder frei noch fair. Die internationalen Standards sind regelmäßig verletzt worden. Wir verurteilen nachdrücklich die Regierungsbehörden für ihr Verhalten während der gesamten Wahlkampagne“.

Pöttering betonte seine Unterstützung für den Oppositionskandidaten Aleksandr Milinkewitsch. Auf Initiative Pötterings hatten die Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments bereits Mitte März einstimmig eine Erklärung zur Verhaftung von 17 Oppositionellen und Mitgliedern von Nicht-Regierungsorganisationen in Weißrussland abgegeben. In der Erklärung wird die sofortige Freilassung der Oppositionspolitiker gefordert. Die Festnahmen widersprächen allen demokratischen Grundsätzen, so Pöttering.

Vor der Wahl hatte die weißrussische Regierung einer Delegation des Europäischen Parlaments die Einreise verweigert. Die aus sieben Mitgliedern unter dem Vorsitz von EVP-ED-Mitglied

Bogdan Klich (Polen) bestehende Gruppe sollte die Präsidentschaftswahlen beobachten. Der Außenminister Weißrusslands hat dagegen entschieden, der Delegation kein Visum auszustellen. Gleichzeitig informierte er darüber, dass jeder Versuch, Weißrussland zu betreten, als Provokation aufgefasst werde.

Bereits vor der Wahl hatten Abgeordnete des Europäischen Parlaments gemeinsam mit Mitgliedern des US-Repräsentantenhauses einen an die Bevölkerung in Weißrussland gerichteten Brief veröffentlicht, der das Recht der Menschen auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte unterstreicht. Das Regime in Minsk wird darin zur Beachtung der Rechte der Menschen in Weißrussland aufgerufen. „Die Anwendung von Gewalt durch die weißrussischen Behörden gegen freie und friedliche Meinungsäußerungen von einzelnen Bürgern, politischen Parteien und der Zivilgesellschaft wird dagegen zu einer weiteren Isolation der weißrussischen Regierung führen“, heißt es in dem Schreiben.

■ **Aktionsprogramm zur Gesundheitspolitik**

Auf der Plenartagung im Dezember nahm das Europäische Parlament den Bericht von **Antonios Trakatellis** (Griechenland) zum Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich Gesundheit

an. Das Aktionsprogramm soll für den Zeitraum 2007 bis 2013 gelten. Es soll die Politik der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten ergänzen und dabei zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit und Sicherheit, zur Verhütung von Krankheiten und Verletzungen und zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit beitragen. Dazu soll das Programm unter anderem Strategien fördern, die zu einem gesünderen Lebensstil führen. Die Überwachung und Bekämpfung von Gesundheitsgefahren soll ausgebaut werden. Das Aktionsprogramm zur Gesundheit soll zudem einen Beitrag leisten zur Entwicklung effektiverer und effizienterer Gesundheitssysteme sowie zur Verbesserung des Informations- und Wissensstandes. Der vom Plenum gebilligte Bericht fordert zudem, dass die Kommission alle zwei Jahre einen Bericht über den Gesundheitszustand in der EU verfasst, der auch eine qualitative und quantitative Analyse beinhaltet.

■ **Resolution gegen Zwangsprostitution bei Sportereignissen**

Das Europäische Parlament hat eine Resolution zur Bekämpfung von Zwangsprostitution bei sportlichen Großereignissen verabschiedet. Die von **Anna Zaborska** (Slowakei), der Vorsitzenden des Ausschusses für die Rechte der

Frau und Gleichstellung der Geschlechter, verfasste Entschließung fordert die Unterstützung von Maßnahmen gegen Zwangsprostitution. Dazu gehört beispielsweise die Kampagne „Rote Karte für die Zwangsprostitution“, die in Deutschland anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft gestartet wurde. Zudem werden die Kommission und die Mitgliedstaaten in der Resolution aufgefordert, eine Präventionskampagne zu starten, die sich an die potentiellen Opfer richtet, sowie einen mehrsprachigen telefonischen Hilfsdienst für betroffene Frauen einzurichten.

■ **Bulgarische Ausstellung im Europäischen Parlament**

Die bulgarischen Beobachter in der EVP-ED-Fraktion haben Mitte März in Straßburg eine Ausstellung über Bulgarien organisiert. Unterstützt wurden die „bulgarischen Tage“ von dem stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, **Lorenzo Cesa** (Italien), sowie Geoffrey Van Orden (Großbritannien), dem Berichterstatter des Europäischen Parlaments für Bulgarien. Gezeigt wurden unter anderem moderne Gemälde von zeitgenössischen bulgarischen Künstlern sowie bulgarische Filme und Musik.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. **Für den Inhalt verantwortlich:** Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten